

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 21
Juli/Aug. 2013

Linkskandidatin bei Landratswahl

DIE LINKE geht mit der Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Anna Hofmann ins Rennen

Was hat Anna Hofmann, weshalb sie einstimmig von der LINKEN als Landratskandidatin aufgestellt wurde? Sie ist ein sehr geradliniger Mensch; sie verstellt sich nicht, sie sagt direkt, was sie meint – aber sie kann gut zuhören, wenn es darum geht, Argumente auszutauschen. Berührungängste kennt sie nicht, wenn Missstände angeprangert werden müssen. Dann nimmt sie kein Blatt vor den Mund. So schätzen sie nicht nur ihre Fraktionskollegen/innen sondern viele Menschen im Landkreis. Vor allem mag sie Selbstherrlichkeit nicht.

Im Gegensatz zu den anderen Kandidat/innen – mit Ausnahme des grünen – verfügt Anna Hofmann über einen reichen kreispolitischen Erfahrungsschatz. Seit 2001 wirkt sie im Kreistag, um für die Idee eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft zu werben. Wichtige Themen sind immer wieder: Das Hartz-IV-Regime, die lokale Energiewende, die öffentliche Daseinsvorsorge in privater oder kommunaler Hand (z.B. Strom, Gas, Wasser, Öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung), die Entwicklung im ländlichen Raum, mehr direkte Demokratie und das Bleiberecht für Flüchtlinge.

DIE LINKE bietet für diese Politikfelder – und für die Aufgabe, die Städte, Gemeinden und den Landkreis auf eine solide finanzielle Basis zu stellen – Lösungen an, die sich von denen der politischen Konkurrenz deutlich unterscheiden. Anna Hofmann kritisierte daher folgerichtig in ihrer Vorstellungsrede die Koalition aus CDU, Grünen und Freien Wählern. Diese verfolgt eine Kürzungspolitik, die vor allem die armen Menschen im Landkreis trifft. Auch die SPD auf Kreisebene bekam ihr Fett ab, da sie weiteren

Personalabbau in der Verwaltung fordert und soziale Leistungen nur nach Kassenlage gewähren will.

Anna Hofmann ist nicht zu haben für halbe Sachen. Eine kleine Prise Soziales da, eine vage Versprechung dort – das ist ihr zu wenig.

Trotz ihrer chronischen Krankheit von ihrer Partei aufgestellt, sagt Anna Hofmann kurz und bündig: „Gemeinsam ist DIE LINKE stark. Jetzt geht's los – 100 Prozent sozial“. Eine solche Frau braucht der Landkreis.

Hajo Zeller



Anna Hofmann, die Fraktionsvorsitzende und Landratskandidatin der LINKEN, wurde am 21. Juni mit der Ehrenmünze des Landkreises für ihr 12-jähriges Engagement im Kreistag ausgezeichnet

„100 Prozent sozial“

DIE LINKE verabschiedete Bundestagswahlprogramm

Interview mit Janis Ehling, Direktkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Marburg und Delegierter beim Bundesparteitag. Mit welchen Schwerpunkten geht DIE LINKE in die Bundestagswahl?

Im Zentrum steht die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen die steuerliche Klientelpolitik von Rot-Grün und Schwarz-Gelb rückgängig machen. Reiche und Unternehmen sollen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Konkret fordert DIE LINKE die Einführung einer Millionärssteuer von fünf Pro-

zent bei Vermögen über eine Mio. Euro und die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent. Betroffen sind davon nur die wirklich Wohlhabenden.

Zudem wollen wir Spekulationen von Banken eindämmen, die die jetzige Krise ausgelöst haben. Die gewaltigen Krisenkosten werden auf uns alle abgewälzt. DIE LINKE will, dass die Banken sich daran beteiligen und dass sie sich – wie die Sparkassen – auf ihr Kerngeschäft konzentrieren: Spareinlagen, Bargeldausgabe und Kreditfinanzierung.

Fortsetzung S. 6

Kommentar

Fremde Federn

DIE LINKE hatte am 21. Juni im Kreistag zwei Anträge zu Themen gestellt, bei denen vielen Menschen der Schuh drückt: Kinderbetreuung „im Notfall“, etwa wenn das Kind über Nacht erkrankt und nicht in die Kita gebracht werden kann, oder wenn die betreuende Person ausfällt. Und Gründung zweier Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) im Westen und Osten des Landkreises zur Versorgung der ländlichen Gebiete.

Die Koalition sah ein, dass ein Betreuungsangebot für Eltern geschaffen werden muss, die nicht auf ihre Familie zurückgreifen können. Sie stimmte aber nicht für den Antrag der LINKEN oder ergänzte ihn, sondern verabschiedete einen eigenen.

Nicht besser erging es dem Antrag zur Gründung von zwei MVZ. Diesmal wurde der Gedanke von der SPD aufgegriffen und in einem eigenen Antrag eingebracht, dem sich dann die Koalition – nach geringfügigen Änderungen – angeschlossen hat.

Das Vorgehen erinnert an den Plagiatsantrag der Koalition vom Februar d. J. zur Privatisierung der Wasserversorgung oder an die Forderungen der LINKEN nach Einführung eines Sozialtickets.

Um ihre sozialen Defizite auszugleichen, bedienen sich die anderen Fraktionen der Ideen der LINKEN, wandeln sie geringfügig um und „verkaufen“ sie als eigene. Das ist zwar keine seriöse und ehrliche Politik. Aber der LINKEN soll es recht sein, solange die gute Sache siegt.

Dr. Ingeborg Cernaj

Millionengrab Bahnhof

Renovierung auf Kosten von Stadtwerken und Gewobau



Foto: Thorsten Richter

Einweihung der Empfangshalle des Marburger Hauptbahnhofs am 29. Mai: Bahnchef Grube redet vor den üblichen Verdächtigen

Über 20 Jahre haben die Bahnreisenden darauf gewartet, dass der Marburger Hauptbahnhof erneuert und behindertengerecht umgebaut wird. Jetzt hatte es Bahnchef Rüdiger Grube auf einmal sehr eilig. Mitten im Bahnhofsumbau kam er nach Marburg, um schon mal das Empfangsgebäude einzuweihen.

Es gibt keine Gründe, mit Grube zu feiern. Seit die Bahn auf dem Weg an die Börse ist, ist sie eifrig bemüht, ihre Kosten zu Lasten der Allgemeinheit zu senken. Damit die DB AG überhaupt mit der Renovierung des Bahnhofs begann, musste die Stadt 2008 zusagen, 200.000 Euro zuzuschießen, die Stadtwer-

ke das bahneigene Grundstück, auf dem das Bahnhofsparkdeck steht, kaufen und die Gewobau die oberen Stockwerke übernehmen.

Die Stadtwerke, denen der Magistrat in der Vergangenheit bereits das defizitäre Softwarecenter und das sanierungsbedürftige Oberstadtparkhaus aufdrängte, mussten 380.000 Euro für das Grundstück bezahlen. Das darauf stehende Parkdeck der Stadt, mit dem diese seit 1992 in Kooperation mit der Bahn Pkw-Fahrer/innen zum Umstieg auf die Bahn bewegen wollte, wurde den Stadtwerken kostenlos überlassen – ein vergiftetes Geschenk, denn es ist völlig marode und soll für 6,0 bis 7,8 Mio. Euro

renoviert und aufgestockt werden. Mit den Parkgebühren, die jährlich 130-140.000 Euro betragen, ist das kaum möglich.

Die Gewobau erwarb gleichzeitig für 470.000 Euro das erste und zweite Stockwerk des Bahnhofs, um das „bundesweit einmalige“ Projekt „Wohnen im Bahnhof“ für insgesamt 2 Mio. Euro zu realisieren, wie die Stadt Marburg am 29. Mai 2008 mitteilte. Ein Jahr später war schon von 5,3 Mio. Euro die Rede und es schienen sich nur noch gewerbliche Räume zu rechnen. Aber auch die ließen sich seit Anfang 2012 nur schleppend vermarkten und die Kosten stiegen auf 5,9 Mio. Euro. Fast die Hälfte der Flächen steht leer.

Aus der Not macht man jetzt eine Tugend. Angesichts von Rekord-Studierendenzahlen ist wieder

„Wohnen im Bahnhof“ angesagt. Auf 735 qm sollen 24 Studierendenwohnungen für weitere 451.000 Euro gebaut werden. Damit die sich rechnen, wird jedes 30-qm-Appartement, das 566 Euro (19€/m²) kosten würde, von der Stadt mit 246 Euro bezuschusst und so die Kaltmiete auf 11€/m² gesenkt. In fünf Jahren sind das 354.000 Euro. Mit diesem Betrag hätte die Stadt die dreifache Menge an Sozialwohnungen fördern können.

Die Umbaukosten sind damit von ursprünglich 2 Mio. Euro auf 6,7 Mio. angewachsen – eine kolossale Fehlinvestition, ähnlich dem SoftwareCenter. Im Stadtparlament wird zu klären sein, ob die Gewobau-Geschäftsführung oder der Magistrat für diese Fehlplanung verantwortlich ist. *Henning Köster*

„Alte Ziegelei“ muss bleiben

Am Weg zwischen Ockershäuser Allee und Leopold-Lucas-Straße steht ein unscheinbarer, vernachlässigter Bau, die Alte Ziegelei. Seitdem die Firma Spreng- und Kunststoffvertrieb dort weggezogen ist, gibt es neue Pläne für das Areal, das sich in privatem Besitz befindet. Einerseits soll lukrativ gebaut werden. Das erfordert Aufmerksamkeit. Andererseits ist die Alte Ziegelei nach Auskunft des Bauamts eines der letzten Industriezeugnisse in

Marburg. Es ist als ehemaliges zentrales Kriegsgefangenenlager der Stadt Marburg aber viel mehr noch ein historisches Zeugnis. Hier „versorgten“ sich die Marburger Firmen mit Zwangsarbeitern, während die einheimischen Arbeitskräfte in anderen Regionen der Welt für Zerstörung sorgten. Es gibt mehrere Initiativen, diesen Bau als industrielles und als geschichtliches Denkmal zu erhalten und öffentlich zugänglich zu machen. *reb*

VFB-Sanierung durch Sozialwohnungsbau

Marburger Linke: Stadt sollte VFB-Gelände kaufen, bebauen und Ersatzplatz anbieten

Es ist seit längerem bekannt, dass der VFB Marburg seinen Sportplatz verkaufen will, um wieder zahlungsfähig und weitgehend schuldenfrei zu sein. Diesen Deal hatte der VFB-Vorsitzende Dietrich Möller mit dem Rauschenberger Immobilien-Investor und ehemaligen VFB-Spieler Peter Rother vereinbart. Der Sportplatz sollte lukrativen Wohnungen weichen.

Die Marburger Linke schlägt stattdessen vor, dass die Stadt Marburg das Gelände vom VFB Marburg erwirbt, dort sozialen Wohnungsbau ermöglicht und eine sportliche Ausgleichsfläche bereit stellt. Dafür eignet sich zum Beispiel das Cappler Feld an der Umgehungsstraße. Dort befinden sich bereits ein Hartplatz und ein gepflegter Ra-

senplatz mit Fußballtoren. Ersatzweise kommen auch die Afföllerswiesen in Frage.

Warum tun sich die Stadtoberen in Marburg so schwer damit, den VFB Marburg auf dem Weg in eine geordnete Insolvenz und aus dieser wieder hinaus zu begleiten? Seit über zehn Jahren hält sich der Verein mit erheblichen Geldsorgen mehr schlecht als recht über Wasser. Ein klarer Schnitt ist nötig, um einen Neuanfang auch für eine weiterhin erfolgreiche Jugendarbeit zu gewährleisten.

Aber was sagt Oberbürgermeister und Sportdezernent Egon Vaupel dazu? Er proklamiert, dass es auf dem Sportplatz des VFB Marburg in den nächsten 15 Jahren keine Wohnbebauung geben

darf, weil er sonst um das gesamte Großsportfeld fürchtet. Da musste er sich dann doch die Frage gefallen lassen, ob ihm nicht bekannt sei, dass an der Gisselberger Straße bereits zwei Wohnblocks hoch-

gezogen wurden – natürlich um den VFB Marburg zu retten.

Man kann nur spekulieren, was beim VFB in den letzten Jahren alles schief lief. Im Sinne des Sports wäre es gut, wenn zeitnah ein angemessenes Sportgelände geschaffen und dieses langfristig erhalten würde. *Tanja Bauder-Wöhr*



Foto: Nico Beyer

Das VFB-Gelände wurde bereits 2009 teilweise bebaut

Nulltarif mit Stadtpass?

Marburger Linke: gratis Busfahren bei Niedrigeinkommen

„Vor 16 Jahren musste ein Stadtpassinhaber in der Innenstadt für eine Monatskarte umgerechnet 9 Euro selbst aufbringen, ab Dezember werden es 26 Euro sein.“ Das hat Jan Schlauske, Stadtverordnete der Marburger Linken, anhand der neuesten Richtlinien für den Marburger Stadtpass, der Menschen mit geringen Einkommen verbilligt die Nutzung der Busse, der VHS oder der Bäder ermöglicht, ausgerechnet. „Vergleicht man das mit den Beträgen, die im Hartz-IV-Warenkorb für Nahverkehr vorgesehen sind – zwischen 11 Euro (14-17-jährige) und 19 Euro (Haushaltsvorstand) – wundert es nicht, dass nur ein Drittel der Bedürftigen einen Stadtpass hat und nur 40 % von ihnen sich eine Monatskarte kaufen.“ In Außenstadtteilen ohne Nahversorgung bleibe Menschen mit Einkommen auf Hartz-IV-Niveau kaum etwas anderes übrig, als in die Stadt zu ziehen, da eine Monatskarte sie künftig über 40 Euro selbst koste.

Marburg bleibe weit hinter den Regelungen des „Gießen-Passes“ zurück, mit dem man nicht nur Monatskarten, sondern auch Wochenkarten und Einzelfahrkarten zum halben Preis erwerben könne.

Seine Fraktionskollegin Tanja Bauder-Wöhr weist daraufhin, dass seit 2000 im Marburger Haushalt unverändert 260.000 Euro für den Stadtpass vorgesehen sind, aber in den letzten Jahren nur gut die Hälfte ausgegeben wurde. „Grund dafür ist nicht etwa, dass die Zahl der Bedürftigen abgenommen hat – diese ist nämlich durch die Einführung von Hartz IV 2005 abrupt gestiegen und verbleibt auf hohem Niveau – sondern die Kürzung der Leistungen des Stadtpasses im Jahr 2003 und der rapide Anstieg der Buspreise.“

Die Marburger Linke will Abhilfe schaffen, aber nicht durch höhere Zuschüsse für die Monatskarte. „Wir wollen, dass alle Stadtpassinhaber von einer Verbesserung profitieren“, so Schlauske. Jeder Mensch habe das Recht am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. „Deshalb muss ein Mindestmaß an Mobilität für jeden ermöglicht werden.“

Die Marburger Linke schlägt des-

halb vor, dass Stadtpassinhaber künftig die Busse im Marburger Stadtgebiet mit einem „Sozialticket“ kostenlos nutzen können.

Anhand des Semestertickets für Studierende rechnet Schlauske vor, wie teuer die Idee der Linken die Stadt käme. „Studierende zahlen 144 Euro pro Semester für das Semesterticket, das macht 24 Euro im Monat. Damit können sie aber in ganz Hessen öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Der Anteil für den Verkehr auf Marburger Gebiet dürfte bei monatlich 11 Euro liegen. Bei durchschnittlich 3.000 Stadtpassinhaber/innen käme man da-

mit auf Kosten von 380.000 Euro im Jahr, die dann allerdings – anders als beim Semesterticket – von der Stadt übernommen würden.“

Dass der Vorschlag der Linken kei-

ne Utopie ist, stellt Marburgs Partnerstadt Poitiers seit Jahren unter Beweis. Bedürftige können dort für einen symbolischen Euro im Monat die Busse benutzen. *Nico Biver*



Foto: Thorsten Richter

Fahrrad- und Skatedemo auf der B3 am 16. Juni: Stadtrat Nico Biver und Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken Henning Köster

„Jäger“ unter der Lupe

Studie zur Geschichte der „Marburger Jäger“ vorgelegt

Auf knapp 200 Seiten stellen die Autor/innen Klaus-Peter Friedrich, Albrecht Kirschner, Katharina Nickel und das Autor/innenkollektiv ZDM die Entstehung und Geschichte der historischen Militäreinheit „Marburger Jäger“ (1866-1919), die darauffolgende Entwicklung von Traditionsverbänden, die sich auf die „Marburger Jäger“ berufen und die ab 1979 einsetzende Geschichte der gleichnamigen Kameradschaft dar. Die Stadtverordnetenversammlung hatte die Studie auf Antrag der Marburger Linken in Auftrag gegeben, nachdem das Parlament mehrheitlich die Aufstellung eines Kriegsdenkmal in Marburg-Bortshausen kritisiert und den Rückbau des Steins gefordert hatte.

1866 als preußische Einheit aufgestellt, waren die „Marburger Jäger“ an einer Reihe von Untaten beteiligt: Während der Niederschlagung der Pariser Commune (1871) standen sie den französischen Regierungstruppen zur Seite. Freiwillige der „Marburger Jäger“ nahmen an der Niederwerfung des Boxeraufstandes (1900/01) in China und an dem Völkermord an den Hereros und Nama (1904/05) im heutigen Namibia teil. Im August 1914 waren „Marburger Jäger“ an Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung in der belgischen Kleinstadt Dinant beteiligt. Insgesamt starben 674 Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder. Im Jahr 2001 entschuldigte sich die Bundesregierung für dieses Verbrechen. Marburger Reservejäger

eröffneten 1919 das Feuer auf streikende Arbeiter in der schlesischen Stadt Königshütte. Mindestens 16 Menschen starben.

1919 wurde die Militäreinheit „Marburger Jäger“ verboten. Traditionsvereine bestanden fort. Ab 1933 stellte sich die Marburger SA bewusst in die Jägertradition und nannte sich „SA-Standarte-Jäger-11“. Nach 1945 verboten die Alliierten nicht nur die SA, sondern auch die Traditionsvereine.

Die noch heute bestehende „Kameradschaft Marburger Jäger/2. Panzergrenadierdivision“ entstand 1979. Das Feindbild der rechtslastigen Kameradschaft stand von Beginn an links. Nach rechtsaußen hatte man weniger Berührungsängste. 2003 fusionierten die Kameraden mit der Fördergemeinschaft für Soldatenverbände, in deren Reihen sich NPD- und REP-Mitglieder ebenso wie extrem rechte Burschenschaften wohlfühlten.

Die Autor/innen der Geschichtswerkstatt haben eine wissenschaftlich fundierte und faktenreiche wie belegbare Studie vorgelegt. Nun müssen den Erkenntnissen auch konkrete Taten folgen. Die Stadt Marburg muss sich zu diesem unrühmlichen Kapitel ihrer Geschichte bekennen und den Opfern der Untaten einen sichtbaren Platz im Gedächtnis der Stadt einräumen, wie es Thomas Werther im Vorwort der Studie einfordert. *Jan Schlauske*

Download der Studie:
www.marburg.de/de/127192?vt=jäger



Foto: K. D.

Der diesjährige Osterspaziergang richtete sich auch gegen das Kriegsdenkmal der „Marburger Jäger“: Karsten Engewald (BI Bortshausen), Jan Schlauske, Pit Metz (DGB) und Wolfgang Gehrcke (MdB)

Wird aus E.ON-Mitte wieder EAM?

Die dezentrale und aus erneuerbaren Quellen gespeiste Energieversorgung ist zentrales Anliegen von Plan B – dem roten ökologischen Projekt der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Ein wichtiger Bestandteil des sozialökonomischen Umbaus der Gesellschaft ist dabei die Rekommunalisierung der Stromerzeugung und Stromverteilung. Die Fraktion der LINKEN im Kreistag stimmte freudig dem Vorhaben zu, den regionalen Versorger E.ON-Mitte – vormals EAM – von der Konzernmutter E.ON zurückzukaufen.

Die ehemaligen Mehrheitsgesellschaft der EAM (zwölf Landkreise und die Stadt Göttingen) wollen ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen. Über den Stand der Verhandlungen gibt es nur Gerüchte. Kaufpreis und Modalitäten sind nicht bekannt. Landrat Fischbach, Verhandlungsführer der Kommunen, verweigerte bisher jegliche Information. Er müsse Versiegenheit wahren.

Am 17. Juni tauchte ein weiterer Mitspieler auf der Bühne der Energieversorger auf. Die „Stadtwerke Mitte“, ein Zusammenschluss von 23 hessischen und niedersächsischen Energieversorgungsunternehmen, wollen eine Minderheitenbeteiligung (49,9 % der Aktien) an E.ON-Mitte erwerben. Zur selben Zeit legen grüne Kommunalpolitiker/innen eine Art Forderungskatalog für Unternehmensziele des kommunalen Energieversorgers vor.

Die Fraktion DIE LINKE sah reichlich offene Fragen: Wie kann das neue Unternehmen den Landkreis seinem Ziel näher bringen, bis 2040 unabhängig von fossilen und atomaren Energiequellen zu sein? Welche Möglichkeiten ergeben sich aus einer Minderheitenbeteiligung von Stadtwerken? Können im Gesellschaftsvertrag auch nachhaltige Standards für die soziale Unternehmenskultur festgelegt werden? Wie viele Euro soll das Unternehmen kosten und wie ist der Kauf zu finanzieren?

Eine Aktuelle Stunde zum Thema „Rückkauf von E.ON-Mitte – Sachstand der Verhandlungen und mögliche Auswirkungen auf den Landkreis“ sollte diese und weitere Fragen beantworten. Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten sah überraschenderweise keinen Diskussionsbedarf, fühlte sich offenbar gut informiert und stimmte die Aktuelle Stunde von der Tagesordnung.

Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, kommentiert: „Die Rekommunalisierung von E.ON-Mitte ist eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Entscheidung auf Kreisebene in naher Zukunft. Die lokale Energiewende kann dadurch einen entscheidenden Schub bekommen. Kreistag und Bürger/innen müssen jedoch in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Ein bloßes Abnicken fertiger Verträge kommt für uns nicht in Frage.“ *Hajo Zeller*



Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, kämpft für die Rekommunalisierung des regionalen Stromanbieters E.ON-Mitte



Foto: Jean Pierre Vallorani

Werbung für die fahrscheinlosen Busse in Aubagne

Schwarzfahren für alle

Im französischen Aubagne fahren Busse zum Nulltarif

Wer im südfranzösischen Aubagne ohne Fahrschein Bus fährt, der kann nicht mehr erwischt werden. Seit dem 15. Mai 2009 fahren in der Stadt nahe Marseille und in den umliegenden Gemeinden die Busse zum Nulltarif. Mit Plakaten wie „Freiheit, Gleichheit, Unentgeltlichkeit“ wird für die kostenlose Nutzung geworben. Die Fahrgastzahlen sind um 178 Prozent gestiegen. 2014 wird auf zwei Linien eine Tram in Dienst gestellt und eine stillgelegte Zugstrecke wieder eröffnet werden – alles zum Nulltarif.

Die rot-rot-grün-liberale Stadtregierung verfolgt mit dem Nulltarif sowohl soziale als auch ökologische Ziele. Sie will ein Recht auf Mobilität durchsetzen, um allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Dabei hatte Aubagne bereits soziale Tarife – und wie fast überall in Frankreich – sehr niedrige Fahrpreise. Wer Grundsicherung bekam (ähnlich Hartz IV), erhielt monatlich zehn Hin- und Rückfahrten gratis, und über 70jährige fuhren ganz umsonst. Aber durch den Nulltarif entfielen alle diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen.

Auch der Wunsch, die Region zu entlasten, die am Pkw-Verkehr zu ersticken droht, scheint sich zu erfüllen. Eine Umfrage hat ergeben, dass von denjenigen, die wegen des Nulltarifs die Busse nutzen, über die Hälfte Auto oder Motorrad gefahren wären. 99 Prozent zeigten sich mit dem Nulltarif zufrieden.

Befürchtungen, dass der Vandalismus zunehmen würde, weil nicht geachtet werde, was nichts kostet, haben sich nicht erfüllt – die Zerstörungen gingen sogar zurück. Der Nulltarif hat auch zu einem entspannteren Verhältnis zwischen allen Beteiligten beigetragen. Die Busfahrer müssen keine Fahrkarten mehr verkaufen oder wegen der Kasse Angst vor Überfällen haben – sie müssen nur noch Bus fahren und die Fahrgäste begrüßen. Nervige Fahrscheinkontrollen entfallen.

Die Bürger/innen kostet der Nulltarif keinen Cent. Zunächst entfallen einige Ausgaben: Fahrscheinautomaten, -schalter und -kontrollen sind überflüssig. Es entstehen keine Kosten mehr für die Ausgabe diverser Sozialtickets. Und am Ende wird man viel im Straßenbau einsparen. Der Nulltarif wurde aber vor allem durch eine Nahverkehrsabgabe ermöglicht, die seit 1999 für die französischen Kommunen ab 10.000 Einwohner gilt. Sie wird bei allen Unternehmen mit mehr als neun Beschäftigten auf die Lohnsumme erhoben und ist nach Einwohnerzahl gestaffelt. Als das Gebiet von Aubagne 100.000 Einwohner/innen überschritt, stieg sie von 0,55 auf 1,05 Prozent.

Inzwischen gibt es in 23 französischen Verkehrsverbänden jeglicher politischer Couleur den Nulltarif. Warum sollte er nicht auch im reichen Deutschland möglich sein – wenigstens für Menschen mit kleinem Geldbeutel? *Nico Biver*

Foto: Thorsten Richter



Foto: Thorsten Richter

Kreistagsabgeordnete der LINKEN: Adnan Yildirim, Dr. Ingeborg Cernaj, Anna Hofmann (Fraktionsvorsitz) und Bernd Hannemann

Breitbandversorgung: Millionen für die Telekom

Schnelle Datenleitungen erhöhen die Lebensqualität auf dem Lande und sind für manchen Betrieb dort überlebensnotwendig. Daher unterstützte die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf uneingeschränkt das Vorhaben, den Landkreis mit einem kommunalen Netz aus Glasfaserkabeln zu erschließen.

Die eigens gegründete Breitband-Marburg-GmbH plante, durch Landesbürgschaften abgesichert, für 53 Mio. Euro das Netz zu bauen. Netzentgelte künftiger Betreiber sollten das Geld wieder einspielen. Da weder die Stadt Marburg noch ihre Stadtwerke in das Vorhaben einbezogen wurden, enthielt sich die Fraktion der Stimme (September 2012).

Zur Juni-Sitzung des Kreistages legte Landrat Fischbach ein ganz-

lich anderes Konzept vor. Die kommunale Gesellschaft hebt lediglich für 10 Mio. Euro Gräben im Landkreis aus und die Telekom verlegt Glasfasern in diesen Gräben zu den Verteilknoten. 10 Millionen Euro als verlorener Zuschuss. Praktisch und lukrativ – für die Telekom.

Woher der Sinneswandel? Die Telekom kann Telefonleitungen aus Kupfer tunen („Vectoring“). Damit werden sie fast so leistungsfähig wie Glasfasern. Voraussetzung: Die dezentralen Verteiler müssen über Glasfasern verbunden sein. Nebenwirkung: Es entsteht eine Art Monopol. Können durch „normale“ Telefonleitungen Daten verschiedener Provider nebeneinander übertragen werden, so ist dies beim „Vectoring“ nahezu unmöglich. Ist ein Netzbesitzer gleichzeitig Provider, ist dieses Verfahren sehr vorteilhaft. Daher muss die Bundesnetzagentur „Vectoring“ genehmigen.

Die Genehmigung wurde erteilt, die Landesbürgschaften verfielen und das kreiseigene Netz war tot. Pikant: Im Februar schloss Landrat Fischbach Auswirkungen des „Vectoring“ auf das eigene Vorhaben noch aus (Anfrage Adnan Yildirim).

Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, sagt: „Die große Chance, eine zukunftsfähige Infrastruktur in kommunalem Eigentum zu schaffen, wurde vergeigt. Der Landkreis und das Land Hessen haben versagt. 10 Millionen Euro für vage Versprechen. Der Kreistag kauft die magentafarbene Katze im Sack. Dafür ist DIE LINKE nicht zu haben.“ *Hajo Zeller*

Immer noch druckfrisch

Ortsverein der Druckergewerkschaft wurde 150 Jahre alt

In die Jahre gekommen und kein bisschen schrumpelig. So eröffnete Ende Juni Gerti Poletti, Vorsitzende des Ortsvereins Marburg der ver.di-Fachgruppe Medien, Kunst und Kultur, im Vereinsheim der Afföllgergemeinde den Drucker-Geburtstag.

Angefangen hat alles im Jahr 1863, als die „Schwarzünstler“, wie sie sich stolz nannten, sich im Hinterzimmer einer Marburger Gaststätte trafen. Sie waren in Aufbruchstimmung, nachdem sie erfahren hatten, dass in Leipzig „Der Correspondent“ als Wochenschrift für Buchdrucker und Schriftgießer gegründet worden war. Sie wollten sich zu einer Organisation zusammenschließen, um nicht mehr „Lastträger eines kümmerlichen Daseins, sondern würdige Jünger Gutenbergs“ zu sein. Bereits in der 1890er Jahren spielte die Frage der

Arbeitszeitverkürzung, konkret des 9-Stunden-Tags, eine große Rolle. Unter den Bedingungen des Kaiserreiches war es nicht einfach, sich den allgegenwärtigen Augen der Polizei zu entziehen. So tarnte man Gewerkschaftstreffen als Johannistfest – am Ehrentag Gutenbergs.

Drucker sind in Marburg seit dem 16. Jahrhundert erwähnt. In der Regel arbeiteten sie für die Universität. Die Marburger erwiesen sich als rühriger Ortsverein des Verbandes Deutscher Buchdrucker, später der IG Druck und Papier, dann der IG Medien und heute der ver.di.

Da grüßte sogar OB Vaupel und wunderte sich, dass angesichts prekärer Arbeitsverhältnisse nicht mehr gekämpft werde. Zu den Gastrednern gehörten auch DGB-Kreisvorsitzender Pitz Metz und Manfred Moos von ver.di Hessen. *reb*

Volksinitiative Pro G9

Elterninitiativen sowie die Gewerkschaften DGB, GEW und ver.di haben in Hessen eine Volksinitiative „Pro G9 – mehr Zeit für bessere Bildung“ auf den Weg gebracht, um einen Gesetzentwurf zur Abschaffung von G8 in den Landtag einzubringen. Das gelingt nur, wenn 90.000 wahlberichtigte Hess/innen unterschreiben.

Unterstützt wird die Volksinitiative auch von den Landtagsfraktionen DIE LINKE und SPD und von lokalen Gruppen wie dem Marburger Stadelternbeirat und der Elterninitiative G9 der Lahntalschule.

Janine Wissler, Spitzenkandidatin der LINKEN für die Landtagswahl, erklärte: „Kinder und Jugendliche brauchen Zeit zum Lernen, Zeit für Hobbys und Vereine. Die jahrelangen Proteste gegen die verkorkste schwarz-gelbe Schulpolitik haben nun dazu geführt, dass viele Bündnispartner/innen diese Initiative unterstützen.“ *NB*

Weitergehende Informationen und Unterschriftenlisten unter: www.ProG9.de



Marburger Bildungsaufruf

Trotz Finanzkrise ist der Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes ungebrochen. Ein gutes Beispiel sind die jüngsten hessischen Schulreformen, die sich fast ausschließlich um die betriebswirtschaftliche Effizienz der Abläufe, die Konkurrenz aller schulischen Akteure und die ökonomische Verwertbarkeit der Bildungsinhalte drehen.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten organisierten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), BdWi, ASTa, Buchladen „Roter Stern“ und „Strömungen“ in Marburg die Veranstaltungsreihe „Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungswesen?“

Die Teilnehmer/innen der Veranstaltungen waren sich einig: Das Schulwesen in Hessen braucht eine neue Entwicklungsrichtung. Daraufhin formulierte eine Arbeitsgruppe den „Marburger Bildungsaufruf“, der nach der Landtagswahl einer neuen Landesregierung mit möglichst vielen Unterzeichner/innen übergeben werden soll. *Hajo Zeller*
Aufruf, Unterschriftenlisten und Online-Unterschreiben unter: www.gew-hessen.de/index.php?id=583

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 7.7.2013

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873, Fax 175618
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Das Letzte

Luxus RMV

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) erweist sich einmal mehr als ein Hindernis für den Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel. Ganz so, als würde er von der Autoindustrie kontrolliert, verordnet er jedes Jahr Preiserhöhungen, die noch höher liegen als die der DB AG. Allein die Einzelfahrkarte steigt in Marburg und in den anderen mittelgroßen Städten Ende 2013 um 17 Prozent auf 2,20 Euro, die Monatskarte von 39,80 auf 42 Euro. Von 1997 bis 2013 stiegen in der Marburger Kernstadt die Preise für die Monatskarte um 100 Prozent. Vor 15 Jahren kostete sie noch 41 DM. Die Verbraucherpreise stiegen in der gleichen Zeit aber nur um 25,1 Prozent.

Diese Erhöhungen auf gestiegene Personal- und Energiekosten zu schieben, ist gewagt. Denn nicht nur in Marburg sondern auch anderswo wurden die Personalkosten durch Gründung von Billiglohn-Tochterfirmen auf das Niveau der Privaten gedrückt. Und dort wissen die Busfahrer/innen schon nicht mehr, was das Wort Lohnerhöhung bedeutet.

Offenbar läßt sich der RMV nicht von umwelt- und verkehrspolitischen Zielen leiten, sondern ist bestrebt, in naher Zukunft kostendeckend zu arbeiten – auf Kosten von Fahrgästen, Fahrer/innen und Umwelt.

Nico Biver

„100 Prozent sozial“



Foto: Adrian Gabriel

Fortsetzung von S. 1

Um die Spekulation an den Börsen einzudämmen, fordern wir eine Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent.

Mit den Mehreinnahmen ließen sich unsere Forderungen solide gegenfinanzieren. Die Linke will den Hartz-IV-Satz auf 500 Euro erhöhen und die Hartz-IV-Sanktionen er-

satzlos streichen. Für Rentnerinnen und Rentner fordern wir eine Mindestrente von 1.050 Euro und die Rückkehr zur Rente ab 65. Damit es aber gar nicht erst zu niedrigen Renten kommt, fordert DIE LINKE ein Verbot der Leiharbeit und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

Angeregt durch einen Diskussionsbeitrag von Oskar Lafontaine wurde im Vorfeld kontrovers über den Euro diskutiert. Was hat der Parteitag entschieden?

Oskar Lafontaine hat in einem Punkt recht: Der Euro hatte einen Konstruktionsfehler – von Anfang an. Eine gemeinsame Währung ohne

Rauf und runter – rechts und links

Gibt es über Marburg noch etwas Neues zu berichten? Tatsächlich, wie das im April 2013 erschienene Büchlein „Marburg rauf und runter“ beweist. Es erlebt bereits die zweite Auflage und wird herausgegeben vom Rosa-Luxemburg-Club Marburg. Gewidmet ist es Eberhard Dähne, der in den 1970er Jahren wesentlich linke Kommunalpolitik in Marburg geprägt hat. Marburg mal mit aufmüpfigeren Augen zu durchlaufen, als es die offiziellen Tourismusbörsen pflegen – das war sein Anliegen und das ist auch der Grundgedanke der Veröffentlichung.

Also, dann auf die Socken und keine Müdigkeit vorschützen. Denn in sechs thematischen Stadtwanderungen geht es bergauf, bergab: hinauf auf den Richtsberg als neue Wohnsiedlung, besonders seit den 1970er Jahren; hinab in das gelehrte Marburg, konzentriert um Universität und Südviertel; weiter ins „Behring-Land“ oder auf die Spuren jüdischen Lebens. Neugierige müssen sich nun die weiteren Stationen im Buch ansehen. Für jeden Gang sind Routen vorgeschlagen.

Bevor man sich auf den Weg macht, kann man sich – gut lesbar geschrieben – einen sozialgeschichtlichen Überblick verschaffen. Zusätzlich wird geschildert, welche berühmten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Arbeiterbewegung sich in Marburg aufge-



halten haben. Nehmen wir als Beispiel Adolf Reichwein. Er hat mit der Akademischen Vereinigung einen demokratischen Kontrapunkt zu den schlagenden studentischen Verbindungen gesetzt.

Reich bebildert, ist das Buch nicht nur informativ, sondern auch sehr anschaulich. Eine Zeittafel und ein ausführliches Literaturverzeichnis liefern weitere Anregungen. Selbstkritisch stellt das Vorwort jedoch fest, dass man die Frauen vernachlässigt hat. Und noch etwas hat man wenig im Blick gehabt: Marburg hatte seinen speziellen Dienstleistungsort, nämlich das „rote Ockershausen“ mit seinen Handwerkern und Dienstfrauen. *reb* Rosa-Luxemburg-Club Marburg (Hg.), Marburg rauf und runter, Stadtspaziergänge durch Geschichte und Gegenwart, BdWi-Verlag, Marburg 2013, 168 Seiten, 7 Euro

eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik ist zum Scheitern verurteilt. Eine Rückkehr zur DM-Mark kann keine Option sein. Der Wegfall des Euro würde die DM-Mark massiv aufwerten und der Export würde wegbrechen. Das hätte unabsehbare Folgen. Wir haben uns auf dem Parteitag mit großer Mehrheit für eine Angleichung der europäischen Sozial- und Wirtschaftspolitik ausgesprochen, nach oben und nicht nach unten – wie das Merkel und Steinbrück mit den Rettungspaketen durchgesetzt haben. Oskar Lafontaine wollte eine überfällige Debatte anstoßen. Das ist ihm gelungen.

In einigen Medien war zu lesen, der Parteitag wäre von „Langeweile“ geprägt gewesen.

Wenn wir uns streiten, sind wir eine Chaostruppe und wenn wir konstruktiv miteinander diskutieren, sind wir langweilig. Ich habe das etwas anders erlebt und mich sehr über einige Beschlüsse gefreut. Zum Beispiel fordern wir nun, dass die Versorgung mit Strom und Wasser ein Grundrecht werden soll. Dann wäre es nicht mehr möglich, Menschen im Winter Gas und Strom abzustellen. Solche Fälle habe ich in meinem Bekanntenkreis leider schon erlebt. Insofern gibt der Parteitag ordentlich Schwung für den Wahlkampf.

Wahlerfolge kosten

DIE LINKE rechnet sich

Da DIE LINKE Spenden der DVAG und anderer Konzerne ablehnt, brauchen wir Zuwendungen unserer Wähler/innen, um im Wahlkampf mithalten zu können.

Eine Investition in DIE LINKE könnte sich rentieren, weil dadurch der Mindestlohn, die Rente ab 65 oder die Abschaffung von Hartz IV wahrscheinlicher werden.

Und wer die Spende beim Finanzamt geltend macht, kann bis zur Hälfte zurückerstattet bekommen.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr.: 176 239 07
Volksbank Mittelhessen
(BLZ 513 900 00)

